



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21991 - 39  
Fernschreiber 0896890

P/XIV/15 - 19. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Seiten:</u>
1 - 2	Wo bleibt die deutsche Initiative? Nach dem Besuch Mikojans in den USA	64
3	Der Sieg Yennis Konsequenzen für Italiens Innenpolitik zu erwarten	44
4	Gesundheitssicherung in unserer Zeit Zur sozialpolitischen Konferenz der SPD in Bad Godesberg	44
5 - 6	Dortmund will nicht Zielscheibe sein Stadtrat einstimmig gegen Raketen-Stationierung	64
7	Studenten leben gefährlich Kein Unfallversicherungsschutz für Studierende	32

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Wo bleibt die deutsche Initiative?

sp - Mikojan hat seinen Besuch in den USA beendet. Die zahlreichen jetzt veröffentlichten Kommentare zeigen, dass der zweite Mann des Kreml mit dem ersten und zweiten Mann des Weissen Hauses hauptsächlich die Deutschlandfrage und das Berlin-Problem erörtert hat. Diese Tatsache beweist, wie sehr der latente Ost-West-Konflikt mit der Lösung des Deutschlandproblems zusammenhängt. Er führt aber zwangsläufig auch zu der Überlegung, ob wir hier in Deutschland bisher und gerade jetzt genug getan haben, um dieser einmaligen Situation richtig begegnen zu können.

Zunächst sollten wir uns von der Illusion befreien, die wichtigsten Exponenten der Weltpolitik hätten deswegen über unser Schicksal geredet, weil es ihnen ganz besonders am Herzen liegt. Sie taten es vielmehr, weil das gespaltene Deutschland im gespaltenen Europa die Schnittfläche ihrer eigenen Gegensätzlichkeiten ist und weil zwei deutsche Armeen in entgegengesetzten Lagern das Potenzial des einen oder anderen erheblich verändern könnten, wenn es nicht gelingt, zu einem Kompromiss zu kommen.

Man hat in den USA - so wird versichert, - nicht miteinander verhandelt, sondern nur die gegenseitigen und allgemein bekannten Standpunkte dargelegt. Wenn das stimmt, so bedeutet dies, dass der Kreml und das Weisse Haus zunächst den Status quo noch einmal sondiert haben, ohne hierbei neue Vorschläge zu entwickeln.

Für manche Leute in der Bundesrepublik mag das eine Beruhigung sein. Sie werden sich sagen, solange man noch über uns redet, kann nichts Schlimmes passieren.

Uns genügt das nicht. Wir sind der Meinung, dass die deutsche Bundesregierung gerade jetzt nach dem Besuch Mikojans in den USA die Verpflichtung hätte, gemeinsam mit den Westmächten konkrete Vorschläge zu entwickeln, die es auch den Russen gestatten könnten, sie als eine Verhandlungsgrundlage nicht für die Erhaltung des Status quo in Europa, sondern für dessen Überwindung anzuerkennen.

19. Januar 1959

Was geschieht aber? Wir haben nichts davon gehört - bis jetzt jedenfalls nicht - welche Vorstellungen die Bundesregierung davon hat, wie durch ihre eigene Initiative eine wirkliche Ost-West-Verhandlung in Gang kommen könnte. Im Bonner Auswärtigen Amt erzählt man sich sogar, gewisse Rivalitäten würden jetzt ausgetragen, was durch die Entsendung der Herren von Eckardt und Ditzmann nach den USA deutlich werde. Es fehle nur noch, daß man uns jetzt Ressortauffassungen präsentiert, um schließlich sagen zu können, die weitere Entwicklung hänge nicht von uns, sondern vom Weißen Haus ab ...

Wir glauben zu wissen, daß man im Weißen Haus geradezu auf eine Initiative von deutscher Seite wartet. Diese Initiative könnte und dürfte aber nicht darin bestehen, daß man alte und längst überholte Formeln des Vokabulariums der Ost-West-Auseinandersetzung wiederholt. Sie müßte von der Voraussetzung ausgehen, daß nach dem Gespräch zwischen Nikojar und Eisenhower durchaus die Möglichkeit eines Kompromisses zwischen Moskau und Washington in der Luft liegt, bei dem der Begriff "friedliche Koexistenz" auf der Grundlage des Status quo eine nicht unerhebliche Rolle spielen könnte.

Wird man das in Bonn begreifen? Es gibt wenig Anzeichen für eine positive Beantwortung dieser Frage. Darüber, daß der Moskauer Berlin-Vorschlag und der Friedensvertragsentwurf nicht annehmbar und keine Verhandlungsgrundlage sein kann, besteht zwischen den Parteien in der Bundesrepublik keine Meinungsverschiedenheit. Die Meinungsverschiedenheit beruht auf der Tatsache, daß von seiten der Bundesregierung außer dem "Nein" und einigen heftigen Ausfällen gegen die innenpolitische Opposition und gegen Moskau bis zur Stunde noch nicht gesagt wurde, was unter Berücksichtigung der besonderen Situation des gespaltenen Deutschlands Gegenvorschläge des Westens sichtbar werden lassen könnte. Die Russen sind in ihren Aussagen über Sinn und Zweck der bisherigen Vorschläge Moskaus formell. Sie halten sie aufrecht und bereiten sich vielleicht sogar schon darauf vor, den einen oder anderen Teil ihrer Vorschläge zu realisieren.

Auf was wartet man also in Bonn noch?

### Der Sieg Nenni

R.F. - Die meisten Beobachter der politischen Situation Italiens waren sich diesmal im Klaren, daß es Nenni in Neapel gelingen werde, die Mehrheit der Delegierten für seinen autonomistischen Kurs zu gewinnen. Damit ist seit zehn Jahren zum ersten Mal der Beginn einer Entwicklung möglich, die demokratische Mitte Italiens wirklich zu stabilisieren. Diese Gruppierung nämlich wird von zwei starken Blöcken bedroht; einerseits durch das Übergewicht der Christdemokraten, deren starker rechter Flügel mit den Monarchisten und Neofaschisten zusammenarbeitet, andererseits durch den starken kommunistischen Block.

Die Abkehr Nenni von der Aktionseinheit mit den Kommunisten wird eine Stärkung für die linke-Tendenzen der Christdemokraten sein. Damit wird ein erheblicher Prozentsatz der Arbeiterschaft zwar nicht an die Regierung, aber an den demokratischen Staat herangeführt. Freilich kann Nenni den Übergang von einer jahrelangen Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu einem anderen Kurs nicht dadurch beginnen, daß er sich an die Rechtschöze Fanfani heftet. Hier ist die Abgrenzung zur Regierung eine logische Konsequenz des Bruches mit der extremen Linken, denn nur so kann es ihm gelingen, im Laufe der Zeit auch den Einbruch in die kommunistischen Wählermassen zu versuchen. Der Sieg Pietro Nenni ist damit ein wichtiges innenpolitisches Moment. Seine Vorstellungen zu Fragen der Außenpolitik decken sich im Übrigen weitgehend mit denen der Mehrheit der Parteien der Sozialistischen Internationale, insbesondere mit denen der Labour-Party und der SPD.

Eine gefestigte sozialistische Partei Italiens unter Führung von Nenni wird auch für die Wiedervereinigung mit den Sozialdemokraten Saragats und für die Sozialistische Internationale ein schwieriges Problem darstellen. Während man früher noch glaubte, die Wiedervereinigung der beiden Parteien durch Vereinbarungen der Spitzengremien erreichen zu können, wird es Nenni nunmehr nicht nötig haben, um die Gunst Saragats zu werben. Im Gegenteil, er wird in der Lage sein, entweder die Bedingungen der Vereinigung zu diktieren, oder aber keine Schritte in dieser Richtung zu unternehmen. Wenn ihm Letzteres für richtig erscheint, dann wird er sich vorher vergewissert haben, daß der linke Flügel der Saragat-Partei es ohnehin für richtig hält, jetzt zu Nenni hinüberzuweichen. Sollte dies der Fall sein, dann wäre dies ein schwerer Schlag für Saragat, der dann kaum noch für die jetzige Regierung ein geeigneter Koalitionspartner wäre, da seine vier Minister ohnehin nur ein Feigenblatt in der Regierung darstellen.

Die Parteien der Sozialistischen Internationale werden sich wahrscheinlich in absehbarer Zeit mit einem Aufnahmeantrag der Nenni-Partei konfrontiert sehen.

### Gesundheitssicherung in unserer Zeit

sp - Wer gelegentlich die Meinung geäußert hat, es liege zur Zeit nur Interesse für außenpolitische Fragen vor, wurde am vergangenen Sonntag eines besseren belehrt. Die große sozialpolitische Konferenz der SPD in Bad Godesberg bewies, daß die entscheidenden Fragen der Innenpolitik - und dazu gehört der ganze Komplex der Gesundheitssicherung - stärkste Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. Der Einladung zu dieser Konferenz waren nicht nur die in der Sozialdemokratie auf dem Gebiet der Sozialpolitik aktiv Arbeitenden gefolgt, sondern auch die Ärzteorganisationen, die Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgebergruppen, zahlreiche Versicherungsfachleute und die entscheidenden Persönlichkeiten des Krankenkassenwesens. Erich Ollenhauer, der im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Tagungsteilnehmer begrüßte, konnte mit Recht darauf hinweisen, daß die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen der Nachkriegszeit eine umfassende Sozialreform erfordern, eine Aufgabe, die bis heute von den in der Bundesrepublik herrschenden politischen Kräften nicht gelöst wurde.

Diese Feststellung war der Ausgangspunkt aller Fachreferate der Tagung, die einerseits eine große Fülle von Hinweisen auf die Mangelhaftigkeit bisheriger Reformversuche enthielten, andererseits die konkreten Vorstellungen der Sozialdemokratie zur Überwindung der Krise der gesamten Gesetzgebung auf dem Gebiet der Gesundheitssicherung entwickelten. Die Tagung zeigte deutlich, daß der Gesetzeskomplex der Gesundheitssicherung tatsächlich reformbedürftig ist. Die Versuche der Bundesregierung, einen Beitrag zur Überwindung überholter Vorstellungen zu leisten, sind unzulänglich und entsprechen in keiner Weise den Aufgaben, die sich ein moderner, sozialer und demokratischer Staat stellen müßte.

Deswegen war die zentrale Forderung aller Referate eine Gesetzgebung, die es ermöglicht, den gesunden Menschen vor der Krankheit zu schützen. Die vielleicht dem vorgangenen Jahrhundert angepaßten Methoden müssen durch ein System der Vorbeugung ersetzt werden, durch ein System der Versicherung und Behandlung, das vorausschauend mit modernen medizinischen Mitteln das Entstehen von Krankheiten auf ein Mindestmaß einschränkt. Sicher wird es niemals eine "perfekte Versicherung gegen das Krankwerden" geben. Aber jeder Arzt weiß, wieviele Krankheiten verhindert werden können, wenn rechtzeitig und von Jugend auf die ärztliche Betreuung schon das Entstehen einer Krankheit abgrenzt.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man feststellt: Das große Verdienst der Deutschen Sozialdemokratie ist es, die vielen Vorschläge und Anregungen zur Reform der Krankenversicherung und der Gesundheitssicherung auf ihrer Godesberger Tagung zusammengefaßt zu haben. Hier wurde der Ansatzpunkt zur Weiterentwicklung einer notwendigen Auseinandersetzung mit jenen Kräften in der Bundesrepublik geschaffen, die noch in der Vergangenheit leben und sicher eines kräftigen Anstoßes bedürfen, um die Erfordernisse der heutigen Zeit begreifen zu können.

Dortmund will nicht Zielscheibe sein

G.L.G. - Die CDU in Bonn ist durch ihre Dortmunder Parteifreunde in eine eigenartige Situation gebracht worden. Während die Bundes-CDU unbeeindruckt durch weltweite Zusammenhänge starrsinnig ihre Atomrüstungspläne fortsetzt, wurde mit dem Stimmen der CDU-Fraktion vom Dortmunder Stadtparlament in einer einstimmigen Resolution schärfster Protest gegen die Stationierung britischer Raketen in Dortmund eingelegt. "Der Rat der Stadt Dortmund", heißt es in der Entschlieung, "nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, daß es der Landesregierung, dem Bundesverteidigungsrat und dem Herrn Bundesverteidigungsminister sowie der britischen Rhein-Armee nicht gelungen ist, die Stationierung von britischen Leckwaffen im Bereich der Stadt Dortmund zu verhindern. Kamens der gesamten Dortmunder Bevölkerung protestiert der Rat gegen diese Maßnahme, die dazu geführt hat, daß in der Dortmunder Bevölkerung größte Beunruhigung herrscht".

Hintergrund ist, daß nach kritischen Zeitungsmeldungen das 47. Raketen-Regiment mit 600 Mann sowie Corporal-Raketen von der Insel in die westfälische Industriestadt verlegt wird und auf dem Dortmunder Zivilhafen <sup>Flug</sup> Brackel stationiert werden sollen. Die Dortmunder Kommunalpolitiker können sich in diesem Fall, stellvertretend für das deutsche Volk, mit dem Wort des Wortes des deutschen Verteidigungsministers befassen. Zwar läuft schon seit 1955 ein Enteignungsverfahren des Bundes gegen die Flughafen-AG in Dortmund, das Verteidigungsministerium demontierte aber freiweg bis vor wenigen Tagen alle Meldungen, nach denen Atomraketen in den Dortmunder Raum kommen sollen. Es ließ lediglich durchblicken, daß die Bauarbeiten auf dem Dortmunder Flughafen - der vor geraumer Zeit für den privaten Luftverkehr gesperrt wurde - dazu dienen sollten, eine britische Einheit aus dem niedersächsischen Raum unterzubringen.

In den letzten Jahren lehnte die Dortmunder CDU eine Entschließung des Stadtparlamentes ab, in der scharf gegen eine etwaige Stationierung von Raketen protestiert wurde. Nun mußte sie, unter dem Druck der Dortmunder Bevölkerung, zustimmen. Ihr ist nicht unbekannt geblieben, daß die Dortmunder Behörden seit Tagen von unzähligen Telefonanrufen aus der Bürgerschaft bestürmt wurden, die von Oberbürgermeister und Parlament eine feste Haltung forderten. Ein rundes Dutzend Protestaktionen und Resolutionen aus der Bevölkerung gaben der Stimmung der Bürgerschaft Ausdruck.

Auf die Haltung der CDU dürfte nicht zuletzt auch Einfluß gehabt haben, daß die Dortmunder Industrie heftig gegen das Raketen-Unternehmen Stellung bezog. Sollen doch die Raketen auf dem Erweiterungsgelände der Hösch-AG. aufgestellt werden, die mit 50 000 Arbeitnehmern eine der größten Wirtschaftsunternehmen in Deutschland ist.

In Dortmund herrscht die Meinung vor, daß die CDU jetzt, da ihr die lebensgefährlichen Raketen selbst auf den Fehz rücken sollen, auf dem Umweg über die Existenzangst wieder zu einer bürgerlichen Verantwortung zurückfindet. Andererseits hat die Dortmunder Aktion gezeigt, daß sich die CDU in ihrer Aufrüstungsrolle nicht gerade wohlfühlt. Sie war nur bereit, die Resolution mitzunterzeichnen, wenn keine Aussprache darüber stattfindet. Die Dortmunder SPD-Fraktion mit Oberbürgermeister Diets Keuning an der Spitze verzichtete dann auch auf die öffentliche Aussprache. Sie hat damit erstmals eine - wenn auch nur örtliche - Vertretung der Regierungspartei in Bonn gezwungen, zuzugeben, welch gefährliches Experiment die Bundesregierung dem deutschen Volk aufzwingen will. In der Resolution, die auf Initiative der SPD von FDP und CDU mitunterschrieben wurde, wird nämlich darauf hingewiesen, daß man kein Verständnis dafür hat, "daß Waffen d i e s e r A r t in den Ballungszentrum Ruhrgebiet mit mehreren Millionen Menschen" stationiert werden.

Ob die Stadt mit ihrem Protest Erfolg hat, muß abgewartet werden. Die 600 000 Einwohner von Dortmund hoffen auf Vernunft.

Studenten leben gefährlich

ck - Der pflichtversicherte Arbeitnehmer genießt automatisch den Schutz der Unfallversicherung. Nicht so die Studenten. Verunglücken sie, dann auf eigene Rechnung und Gefahr. Wer eine Universität oder Hochschule besucht, ist den Wechselfällen des Lebens ziemlich schutzlos preisgegeben. Das Bundessozialgericht hat kürzlich in einem Grundsatzurteil den Schleier von dieser unerfreulichen Tatsache weggezogen: Wer studiert, ist nicht etwa einem Lehrling vergleichbar, der Dienstleistungen ausführt und demzufolge den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz genießt. Studenten dienstleisten nicht.

Das war geschehen: Eine Chemie-Studentin der Universität Heidelberg verunglückte bei einer Explosion im Laboratorium. Sie verlor ein Auge. Das baden-württembergische Landessozialgericht bewilligte der Unglücklichen eine Unfallrente - das Bundessozialgericht will diese Rente wieder streichen. Auf jeden Fall muß erst noch klargestellt werden, ob die Studentin zu Ausbildungszwecken im Labor war oder zu Forschungszwecken für die Universität. Nur im letzteren Falle, wenn der Status einer wissenschaftlichen Hilfsarbeiterin feststellbar wäre, tritt die Unfallversicherung auf den Plan.

Aber das Explosionsunglück, das der Studentin ein Auge kostete, hat nicht nach ihrer arbeitsrechtlichen Status gefragt. Freilich hat das Bundessozialgericht "recht", wenn es den Rentenanspruch verneint, war die Studentin "nur zu Ausbildungszwecken" im Labor - aber soll man sich mit einer solchen Gesetzesituation heute und für alle Zeiten abfinden?

Auch und gerade die Studenten hätten einen Anspruch darauf, gegen Unfälle versicherungsgeschützt zu sein. Man kann ihnen, die ohnehin in ihrer Mehrheit mit jeder Mark rechnen müssen, nicht ohne weiteres den Abschluß von kostspieligen Privatversicherungen zumuten. Hier sollte der Staat helfen und sich eine Regelung einfallen lassen. Der akademische Nachwuchs gehört zum Wertvollsten, was ein Volk hat. Man darf mit diesem Kapital nicht so rath umgehen. Auch das Studieren ist im übertragenen Sinne eine "Dienstleistung", und zwar eine höchst wichtige für uns alle.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel